

01.03.2014 Recht&Versicherung

Internetbewertungsportale

J. Heberer



Arzt-Bewertungsportale erfreuen sich seit geraumer Zeit immer größerer Beliebtheit. Gerade, wenn die Inhalte allerdings negativ sind, stellt sich die Frage, welche Bewertungen der bewertete Arzt hinnehmen muss und inwieweit er gegen den Bewertenden bzw. den Portalbetreiber einen Unterlassungsanspruch hat, diese Bewertung weiter zu verbreiten.

Vorab ist zu betonen, dass die Zulässigkeit von Internetportalen zur Bewertung von Ärzten zu bejahen ist. Sogar die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung haben mit Stand Dezember 2009 ein Schriftstück publiziert, welches von der grundsätzlichen Zulässigkeit ausgeht und Qualitätsanforderungen für Arztbewertungsportale aufstellt. Ein Verstoß gegen diese Richtlinie zur Qualitätsanforderung stellt jedoch keinen justiziablen Aspekt dar.

Grundrecht der Meinungsfreiheit – Rechtsprechung

Für die Zulässigkeit der einzelnen Bewertung kommt es aber in jedem Einzelfall darauf an, ob die Bewertung als Meinungsäußerung von der durch das Grundgesetz geschützten Meinungsfreiheit in Art. 5 Abs. 1 GG juristisch gedeckt ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass eine Äußerung, die durch die Elemente der Stellungnahme, des Dafürhaltens oder Meinens geprägt sei, als Meinung von Art. 5 Abs. 1 GG geschützt sei (vgl. BVerfG, Beschluss vom 08.05.2007 – 1 BvR 193/05). Dementsprechend geht ebenso der BGH in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass der Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG sich auch auf Äußerungen von

Tatsachen erstreckt, soweit sie Dritten zur Meinungsbi
Tatsachen und Meinungen vermischen und die insgesa
oder Meinens geprägt werden (vgl. BGH, Urteil vom 03

Persönliche Wertungen und Einschätzungen des Patier
grundsätzlich gedeckt.

Fällt eine Äußerung in den Schutzbereich der Meinung
Recht der informationellen Selbstbestimmung des bev
Abwägung dieser betroffenen Interessen stattfinden, u

Den Entscheidungen der Rechtsprechung kann man na
grundsätzliche Einschränkungen seines Rechts auf infi
insbesondere wenn nur die Sozialsphäre durch die Bew
Geheimsphäre. Die Bewertung der beruflichen Tätigkeit
Sicht der Rechtsprechung die persönliche Entfaltung v
Hamm, Beschluss vom 03.08.2011 – I-3 U 196/10). Das
liegenden Fall zudem davon aus, dass soweit die Bewe
dem Arzt offenkundig allein aufgrund seines Auftreter
werden und somit auch diese Bewertung ausschließlic
Arzt keine gravierenden Folgen wie Stigmatisierung, sc
seien, seien negative Sanktionen bei allein die Sozialsph

Insbesondere folgende Entscheidungen verdeutlichen,
und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung
eher zu Gunsten der Patienten, also der Meinungsfreih

Das OLG Frankfurt am Main urteilte, dass Ärzte eine ar
hinnehmen müssen. Nach Auffassung des Gerichts sei
grundsätzlich gedeckt. Insbesondere ließen die Richt
medizinischen Laien abgegeben worden. Denn nach Ar
nicht auf allgemeingültige Werturteile beschränkt und
eine wissenschaftlich fundierte Bewertung handele. Fe
Hinblick auf das Recht der freien Arztwahl dem ärztlich
Marktmechanismen, zu denen eben auch solch öffentl
ausgesetzt seien. Der Antrag der betroffenen Ärztin au
Frankfurt am Main, Urteil vom 08.03.2012 – 16 U 125/

Ebenso hat das OLG Hamm, wie oben dargestellt, bef
Internetbewertungsportalen grundsätzlich akzeptieren
ärztlichen Dienstleistungen an jedermann richte, sei e
die Bewertung durch Dritte zu erfahren, (vgl. OLG Ham
besteht, muss sogar eine möglicherweise polemische
vom 03.02.2009 – VI ZR 36/07).

Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung umfasst die Rechtsprechung geht bei der Beurteilung solcher Beweise dann eine Meinungsäußerung an, wenn die Äußerung für die Würde, Urteil vom 13.01.2010, Az. 3 O 3692/09; so auch werden muss jedoch stets der vollständige Aussagegehalt sind deshalb auch Äußerungen, in denen sich Tatsachen umfasst, wenn sie nach ihrem Gesamtzusammenhang Meinens geprägt sind.

Außerdem findet die Meinungsäußerungsfreiheit dann einen Angriff auf die Menschenwürde handelt, was hauptsächlich BGH, Versicherungsrecht 2007, 249).

So hat beispielsweise das Amtsgericht Oldenburg eine Bewertung dann nicht besteht, wenn die Bewertung bei angesehen werden kann, sondern vielmehr einen sachlichen Wertungen und Einschätzungen des Bewertenden wie BGH, Urteil vom 26.09.2007 – 23 (22) C 678/07).

Die höchstrichterliche Rechtsprechung legt für die Bewertung Maßstäbe an. Danach nimmt eine Äußerung den Charakter einer Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Herabsetzung jenseits polemischer und überspitzter Kritik die Person soll (vgl. BGH, Urteil vom 03.02.2009 – VI ZR 36/07).

Zusammenfassend gilt das Grundrecht der freien Meinungsäußerung für Tatsachenbehauptungen, Formelbeleidigungen sowie

Rechtsschutzmöglichkeiten, abschließend

Sollten in der Bewertung somit Tatsachen behauptet worden, die unzutreffend nachgewiesen werden können bzw. sollte es sich um Meinungsäußerungen handeln, bestehen Rechtsschutzmöglichkeiten, die Bewertung anzugreifen. Sowohl gegen Tatsachenbehauptungen als auch gegen Meinungsäußerungen können in solchen Fällen u. a. Unterlassungs-, Löschungs- und Schadensersatzklagen bestehen.

In diesem Zusammenhang hat das LG Nürnberg-Fürth einen Zahnarzt auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Schadensersatz aufgrund der sog. Störerhaftung stattgegeben. Dies geschah gegen deren Prüfpflichten an. Denn die Betreiberin des Zahnarztpraxis von seinem Kunden (Patienten) einen Nachweis dafür erbracht, dass sie sich nicht an den behaupteten Sachverhalt stattgefunden habe. Weil dies nicht geschehen sei und die Störerhaftung gegeben sein könnte, hafte nach Ansicht des Gerichts die Zahnarztpraxis für die Bewertung zutreffend sei. Allerdings wurde in diesem Rahmen der Meinungsäußerungsfreiheit lag und damit zulässig v

Die Störerhaftung beruht auf dem allgemeinen Rechts eine Gefahrenquelle schafft oder andauern lässt, die ih zur Abwendung der daraus Dritten drohenden Gefahr i 18/04). Als Störer kann dabei grundsätzlich jeder hafte und Weise willentlich und adäquat kausal an der Herbu hat. Auf eine Kenntnis oder gar ein Verschulden des Dr

Indem das in diesem Fall verklagte Bewertungsportal e Nutzern verfassten Beiträge bzw. Bewertungen bereits ermögliche, trage es nach Auffassung des Gerichts wil bei, die das allgemeine Persönlichkeitsrecht Dritter bei

Die Störerhaftung darf jedoch nicht über Gebühr auf D Beeinträchtigung nicht selbst vorgenommen haben. Si Verhaltenspflichten, insbesondere von Prüfpflichten v gehalten, von den Patienten, die eine negative Bewertu vorlegen zu lassen. Dies spätestens dann, wenn das Be Kenntnis erlangt. Dann muss das Portal nach Auffassu Bewertung des gesamten Sachverhaltes vornehmen (v 2608/12). Folglich muss nach Ansicht des Verfassers de werden.

Aus diesen Gründen bestehen aus Sicht des Verfassers gegen eine unrichtige oder der Schmähkritik unterfalle die Bewertung anonym vorgenommen wurde.

Zum einen kann der betroffene Arzt selbst eine in der beantragen. Hierzu gibt es meistens nach der Bewertu „Gegendarstellung“, worin sodann der Sachverhalt aus geschildert werden, inwiefern die Behauptungen des P objektiv nachprüfbar widersprechen. Zudem sollte bea

Zum anderen bestünde natürlich auch die Möglichkeit der Bewertung aufgefordert wird bzw. eine einstweilig Bewertung bzw. auf Löschung der Bewertung bei Geric Anwalts- und Gerichtskosten aus, denn die Gegenstan

Aus diesen Gründen empfiehlt der Verfassers in derarti auch den von der Rechtsprechung geforderten Prüfplic Portal zu melden und die Überprüfung sowie Entfernu nach wird so eine Überprüfung von den Betreibern auc erreicht, sollte man sich anwaltlich beraten und das Be auch gegenüber dem Bewertenden, sowie etwaige Erfc lassen.

